



Anja Posevsky
Stell. Vorsitzende
Deutscher Pflegeverband e.V.

Editorial

Zwischen Politik und Ökonomie

Die qualitätsorientierte pflegerische Versorgung in unserem Land steht im Spannungsfeld zwischen Politik und Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsunternehmen. Trotzdem müssen Personalbemessungsinstrumente in allen Leistungsbereichen der Pflege umgesetzt werden. Sie schaffen Regelungen und Strukturen, verbessern Arbeitsbedingungen. Nur so werden wir mehr Menschen für Pflegeberufe gewinnen können.

Die Durchsetzung der Pflegepersonalbemessungsverordnung ist auch Voraussetzung dafür, mehr Verantwortung zu übernehmen und umfassende Pflegekompetenzen anzuwenden. Der Gesetzgeber hat im Pflegekompetenzgesetz entsprechende Forderungen der Profession Pflege aufgenommen und zusammengeführt. Auch mit dem Pflegestudiumstärkungsgesetz und der hochschulischen Pflegeausbildung erfolgt endlich ein Schritt, um die Qualität der pflegerischen Versorgung in unserem Land weiter zu verbessern. So wird es möglich sein, einen Personalmix aus akademisierten, examinierten Pflegenden und Assistenzberufen klug zu gestalten.

Wir erwarten auch bei kommenden Gesetzentwürfen, dass die Perspektiven der Pflegebedürftigen und der Pflegenden gehört und beachtet werden.

Darüber hinaus ist es notwendig, dass in Deutschland vorhandene Bildungschaos in der Pflege zu beenden. Eine ungesteuerte Fort- und Weiterbildungsstruktur sowie aktuell 16 Weiterbildungsordnungen der Länder, die das Pflegeberufegesetz unterschiedlichst ausgestaltet, sind nicht zu vertreten. Bei alledem muss klar sein, dass die pflegerische Versorgung in Deutschland nur unter Einbeziehung und Anerkennung ausländischer Fachkräfte gesichert werden kann.

Ihre
Anja Posevsky
Stell. Vorsitzende
Deutscher Pflegeverband e. V.



Internationaler Tag der Pflege

Wir gratulieren allen Pflegenden zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai. Bedanken möchten wir uns für das große Engagement aller in der Pflege tätigen Menschen, auch das der Pflegenden in der Häuslichkeit, die sich um ihre Angehörigen kümmern. Mehr auf Seite 3.

dpv-online.de

Inhalt

- 1 • Editorial
- 2 • PPBV: Politischer Spielball in der Krankenhausreform
- 3 • Internationaler Tag der Pflege
 - Welt-Asthma-Tag
- 4 • Pflegekammer Baden-Württemberg: Quorum nicht erreicht
 - Neues Organspende-Register erfolgreich gestartet
- 5 • Einladung zum Mitgliedertalk
- 6 • Aus den Bundesländern
- 7 • Veranstaltungen
 - Jubilare
- 8 • Impressum

Diskussion um die Pflegepersonalbemessungsverordnung

Politischer Spielball in der Krankenhausreform

Die Pflegepersonalbemessungsverordnung (PPBV) sollte am 22. März 2024 im Bundesrat verabschiedet werden, stand jedoch nicht als TOP auf der Tagesordnung. Fehlt es am klaren Willen, die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern?

Irene Maier, Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), äußert sich dazu wie folgt: „Der Deutsche Pflegerat fordert die Länder dringend auf, der Pflegepersonalbemessungsverordnung (PPBV) im Bundesrat schnellstmöglich zuzustimmen. Es scheint jedoch, dass die Verordnung als politisches Spielzeug im Rahmen der Krankenhausreform missbraucht wird. Das wäre äußerst schädlich und kontraproduktiv.“

Maier weist auf ein Paradoxon hin. Es sei bestürzend und irritierend, einerseits von der dringenden Notwendigkeit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Pflegeprofession zu sprechen, andererseits aber diese Verbesserungen zu behindern. Argumente gegen die Pflegepersonalbemessungsverordnung, wie etwa der bürokratische Aufwand oder die angebliche Überflüssigkeit aufgrund des bereits bestehenden Pflegekräftemangels, seien nicht überzeugend.

Die Sorgen bezüglich Bürokratie und Personalmangel seien zwar grundsätz-

lich richtig, aber unbegründet und vor allem kein Grund, die Verordnung abzulehnen.

Bessere Arbeitsbedingungen sichern Personal

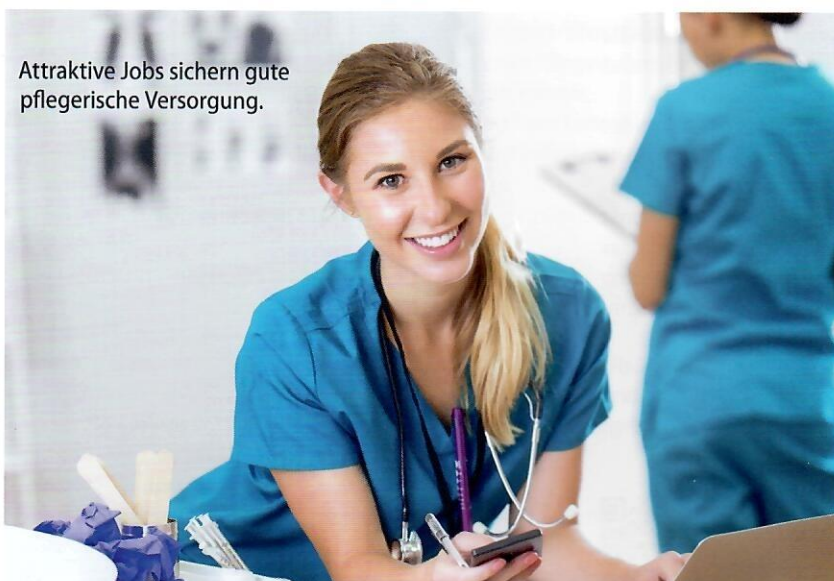
Maier ruft alle Kritiker dazu auf, sich klar für die Pflegeprofession auszusprechen und nicht dagegen: „Die Verordnung ist unerlässlich, um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und mehr Menschen für den Pflegeberuf zu gewinnen. Sie ist unabdingbar, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen und ein wichtiges Signal an potenzielle Pflegekräfte zu senden, dass sich die Arbeitsbedingungen entscheidend verbessern. Dies ist der wesentlichste Punkt, um die pflegerische Versorgung sicherzustellen.“ Dadurch könnten neue Mitarbeiter für die Pflege gewonnen werden und auch diejenigen, die in den Pflegeberuf zurückkehren möchten. Nichtstun löse die Probleme nicht, betont die Vize-Präsidentin des DPR weiter. „Wir haben keine Zeit mehr zu ver-

lieren. Vielleicht ist der Druck bei manchen noch nicht groß genug, um die ernste Situation der gefährdeten Versorgung umfassend anzuerkennen. Eine mehrmonatige Verschiebung oder das Scheitern der Verordnung sind inakzeptabel.“

PPR 2.0 digital und benutzerfreundlich umsetzen

Zum Thema Bürokratie stellt Maier weiter klar: „Aus Sicht der Pflegeprofession ist es unverständlich und enttäuschend, warum jetzt, kurz vor der Verabschiedung der PPBV, überhaupt noch darüber diskutiert wird. Die in der Verordnung enthaltene PPR 2.0 liegt seit vielen Jahren auf dem Tisch und ist das Ergebnis zahlreicher Entwicklungen und Erprobungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft, des Deutschen Pflegerats und der Gewerkschaft ver.di. In der Praxis hat sich gezeigt, dass der bürokratische Aufwand minimal ist. Die PPR 2.0 kann bereits heute digital und benutzerfreundlich umgesetzt werden. Das ist Fakt.“

Wenn wir über Bürokratie sprechen wollen, sollten wir vor allem über die übermäßige Bürokratie bei der Abrechnung, Statistik und im Controlling der Krankenhäuser selbst und über unnötige gesetzliche Prüf- und Melderegungen sprechen. Dann werden wir feststellen, dass die Bürokratie im Bezug zur Pflegeprofession und im Rahmen der PPR 2.0 verschwindend gering ist.“ Es sei beschämend, die Bürokratie jetzt als Argument gegen die Pflegepersonalbemessungsverordnung zu verwenden, anstatt den klaren Willen zu zeigen, die Arbeitsbedingungen für die Profession und damit zur Sicherung der Versorgung zu verbessern.



Attraktive Jobs sichern gute pflegerische Versorgung.

© SDI Productions / Getty Images / iStock (Symbolbild mit Fotomodell)

deutscher-pflegerat.de

Internationaler Tag der Pflege

(Neuwied) Unter dem Motto „Our Nurses. Our Future. The economic power of care.“ wird am 12. Mai der Tag der Pflegenden begangen, dem 204. Geburtstag von Florence Nightingale. Angesichts der dramatischen Entwicklungen in den öffentlichen Haushalten und der Demografie ist dies eine beachtliche Herausforderung. An diesem Tag steht die professionelle Pflege, wenn auch nur einmal im Jahr, im Rampenlicht. Der Deutsche Pflegeverband (DPV) e.V. würdigt neben den beruflich Pflegenden ebenso die vielen Menschen, die sich um die Pflege von Angehörigen kümmern. Ohne sie wären viele Pflegearrangements undenkbar. „Unsere Pflegefachkräfte – unsere Zukunft“ ist mehr als ein Slogan; es ist ein Appell an die Gesellschaft, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Bislang haben wir in der aktuellen Legislaturperiode noch keine bedeutenden Fortschritte in dieser Richtung gesehen. Vielmehr wird befürchtet, dass die Einführung der sogenannten Vorhaltepauschale in der Krankenhausfinanzierung das Pflegebudget, das seit 2020 Kürzungen des

Pflegepersonals aus wirtschaftlichen Gründen verhindert, faktisch begrenzt wird. Altenheime, ambulante Pflegedienste und Krankenhäuser stehen zunehmend vor finanziellen Schwierigkeiten, die bis zur Insolvenz führen können – eine Entwicklung, die von der Politik unterschätzt wird. Die Annahme, Pflegefachkräfte würden dorthin gehen, wo sie gebraucht werden, findet in der Realität kaum Bestätigung. Nicht selten orientieren sich hochqualifizierte Pflegekräfte um und suchen Arbeitsplätze außerhalb des Gesundheitssektors, die näher an ihrem Zuhause liegen.

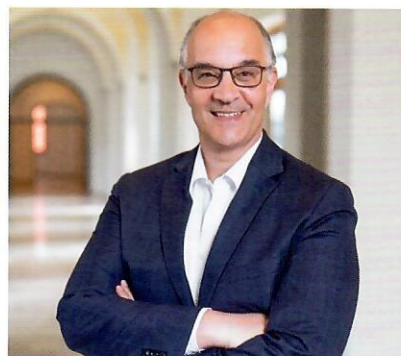
Politische Entscheidungen werden gebraucht

Was wir brauchen, sind nicht nur einzelne Tage der Wertschätzung, sondern Jahre, in denen politische Entscheidungen für eine Verbesserung der Pflege getroffen werden. Politiker müssen klar kommunizieren, dass die Kosten für Pflege und Gesundheit steigen werden und dafür höhere Sozialversicherungsbeiträge oder Steuern notwendig sind. Nur so kann die Pflegeversorgung auf

einem angemessenen Niveau gehalten und der Pflegeberuf auch für die Zukunft attraktiv gemacht werden.

„Zum Welttag der Pflegenden gratulieren wir allen, die professionell im Pflegeberuf tätig sind, sowie jenen, die sich ehrenamtlich um die Pflege von An- und Zugehörigen kümmern. Ohne Euren unermüdlichen Einsatz wäre vieles nicht möglich“, sagt Dr. Markus Mai, Vorstandsvorsitzender des DPV e.V.

dpv-online.de



Dr. Markus Mai

© DPV

Welt-Asthma-Tag

(Berlin) Der Welt-Asthma-Tag (engl. World Asthma Day) findet dieses Jahr am 7. Mai statt. Der Tag wird zum Anlass genommen, um die breite Öffentlichkeit über Asthma zu informieren.

Asthma ist eine chronische, entzündliche Erkrankung der Atemwege mit dauerhaft bestehender Überempfindlichkeit. Bei entsprechend veranlagten Personen führt die Entzündung zu anfallsweiser Luftnot infolge einer Verengung der Atemwege. Diese Verengung wird durch vermehrte Sekretion von Schleim, Verkrampfung der Bronchialmuskulatur und Bildung von Ödemen der Bronchialschleimhaut verursacht, sie ist durch Behandlung rückbildungsfähig. 5% der Erwachsenen und 7-10% der Kinder leiden an Asthma bronchiale. Bei einem Asthmaanfall kommt es

zu akut auftretender Luftnot. Vor allem die Ausatmung ist erschwert. Teilweise tritt Husten auf, auch in Form von Hustenanfällen. Bei Kindern ist Husten in der Regel das führende Symptom, daher wird hier die Diagnose „Asthma“ oft erst spät gestellt. Das erschwerte Atmen und die Luftnot können zu Angstgefühlen mit Unruhe und Sprechschwierigkeiten führen. Charakteristisch ist das Fehlen von Symptomen im beschwerdefreien Intervall.

300 Millionen Menschen leiden Schätzungen zufolge weltweit an Asthma bronchiale. Rund 250.000 asthmaproduzierte Todesfälle sind jährlich zu verzeichnen. In Deutschland stagniert die Zahl der Erkrankungen seit Jahren. Dennoch leidet jedes zehnte Kind hierzulande an Asthma bronchiale.

Asthma gehört zu den häufigsten chronischen Krankheiten überhaupt. Weltweit nimmt die Zahl der Menschen, die an Asthma und allergiebedingtem Asthma leiden, zu. Insbesondere in den Schwellen- und Entwicklungsländern Afrikas, Lateinamerikas und Teilen Asiens gibt es immer mehr Betroffene. Nachdem es in westlichen Industrieländern jahrzehntelang immer mehr Patienten mit Asthma gegeben hatte, steigen die Zahlen seit einigen Jahren hier nicht weiter an. Vor allem in den Ländern mit der höchsten Asthma-Rate – USA, Großbritannien und Australien – kommt es seit wenigen Jahren zu keinem weiteren Anstieg mehr.

kleiner-kalender.de; dpv-online.de

Pflegekammer Baden-Württemberg: Quorum nicht erreicht

(Stuttgart) Zur Veröffentlichung des Registrierungsquorums zur Errichtung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg, erklärt Christine Vogler, Präsidentin des Deutschen Pflegerats: „Es ist überraschend, dass bereits fünf Tage nach Ende der Einwendungsfrist ein vorläufiger Trend verkündet wird, obwohl das Ergebnis erst kurz vor Ostern veröffentlicht werden sollte. Sollte sich das Ergebnis nach dem noch durchzuführenden Prüfverfahren bestätigen, wird dieses selbstverständlich akzeptiert. Die verpasste Chance, eine Pflegekammer in Baden-Württemberg zu gründen, wäre allerdings bedauerlich.“ Ihre Nichtgründung würde ein bedrohliches, existentielles Szenario für die pflegerische Versorgung im Land darstellen. Angesichts der enormen Probleme, die bereits heute für den gesamten Gesundheits- und Pflegebereich gelten, wäre das dramatisch. „Wenn die Pflegekammer nicht kommt, wäre das ein

trauriges Ergebnis. Dies sollte auch den Gegnern der Pflegekammer auf institutioneller und politischer Ebene bewusst sein.“ Die Sicherung der pflegerischen Versorgung sei keine Spielwiese, bei der eigene Interessen oder auch Institutskonkurrenz vorgehen sollten. Die Politik trage die Verantwortung für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Bevölkerung, so Vogler weiter. Gleichzeitig trage sie die Verantwortung, alle hierfür nötigen Akteure zusammenzuführen und die Rahmenbedingungen zu schaffen. Hierzu gehöre auch die institutionelle Gestaltung einer Pflegekammer. „Die von einer Pflegekammer beispielsweise gelieferten grundlegenden Daten zur Versorgungssituation würden nun für Baden-Württemberg nicht mehr vorliegen. Die Lösung der Probleme müssen mit der Profession Pflege und mit ihr gemeinsam gestaltet werden. Dieser Weg wäre nun ein weiteres Mal nicht er-

kennbar. Die Profession bliebe in Baden-Württemberg fremdbestimmt. Der Deutsche Pflegerat fordert die Politik in allen Bundesländern auf, Pflegekammern generell eine finanzielle Anschubfinanzierung von fünf Jahren zu gewähren. In dieser Zeit können die notwendigen Strukturen für eine erfolgreiche Pflegekammer geschaffen werden.“ Die Etablierung von Pflegekammern sei vorrangig eine Aufgabe der Politik. Es läge an ihr, gemeinsam und mit vollem Einbezug der Profession Pflege, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Pflege in unserer Gesellschaft zu schaffen. „Gemeinsam müssen wir eine dauerhaft starke Pflege sicherstellen, und Pflegekammern sind ein Schlüsselement für diesen Erfolg“, sagt Vogler abschließend. (Wir berichteten ausführlich in der Pflege-Konkret-Ausgabe 4/2024)

deutscher-pflegerat.de

Neues Organspende-Register erfolgreich gestartet

(Berlin) Am 18. März 2024 wurde das Organspende-Register in Betrieb genommen. Bürger können hier ihre Bereitschaft zur Organspende online dokumentieren oder eine solche ablehnen. Laut Bundesgesundheitsministerium lassen sich so Entscheidungen zur Organ- und Gewebespende digital festhalten. Der Eintrag im Register ist freiwillig, kostenlos und kann jederzeit geändert werden. Das Register wird schrittweise ausgebaut. Es soll dazu beitragen, die Spendebereitschaft zu steigern.

Wichtiger Schritt für mehr Organspenden

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bezeichnete den Start des Registers als entscheidenden Fortschritt, um die Zahl der Organspenden zu erhöhen. Es ermögliche medizinischem Personal, die Spendenbereitschaft eines potenziellen Spenders schnell und sicher zu ermitteln. Auch für Angehörige

bedeute eine dokumentierte Entscheidung im Ernstfall eine Entlastung. Lauterbach appelliert: „Treffen Sie eine Entscheidung zur Organspende und dokumentieren Sie diese im Register!“

Jährlich finden in Deutschland etwa 900 Organtransplantationen statt, während 8.400 Menschen auf ein Spenderorgan warten. Laut Lauterbach sei eine Steigerung der Spendenbereitschaft ohne eine Widerspruchslösung nicht zu erreichen, die er als „alternativlos“ betrachtet. Mit dem neuen Register sieht er Deutschland gut auf die Einführung dieser Widerspruchslösung vorbereitet.

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) ist für die Führung des „Registers für Erklärungen zur Organ- und Gewebespende“ verantwortlich. BfArM-Präsident Karl Broich teilte mit, dass das Register am Montag, den 18. März 2024, online ging und bis zum Vormittag bereits 5.500 potenzielle Spender registriert waren.

Das Register erfülle höchste Standards in Bezug auf Datensicherheit und gewährleiste durch sichere Authentifizierungsverfahren den Schutz der Daten.

Einführung erfolgt schrittweise

Das Register ist eine moderne digitale Plattform, auf der Entscheidungen zur Organspende rechtlich verbindlich festgehalten werden können. In der ersten Phase können Bürger ihre Entscheidung über die Plattform mit einem elektronischen Personalausweis eintragen. Ab Juli 2024 sollen in der zweiten Phase alle Entnahmekrankenhäuser Zugriff auf das Register haben. Bis September 2024 wird in der dritten Phase die Integration in die Apps der Krankenkassen erfolgen, und ab Januar 2025 sollen auch Gewebefunktionen an das Register angebunden werden.

bundesgesundheitsministerium.de;
organspende-register.de



DPV

DEUTSCHER
PFLEGEVERBAND

“

MITGLIEDERTALK zu den Eckpunkten des PFLEGEKOMPETENZ- GESETZES

mit Dr. Markus Mai
am **27. MAI 2024**

”

27. MAI 2024 17:00 - 19:00 UHR VERANSTALTUNGSORT: **ONLINE**

Tritt bei unserem exklusiven Mitgliedertalk bei,
um die Eckpunkte des Pflegekompetenzgesetzes zu diskutieren!

Worum geht es?

- Fachlicher Austausch zu den zentralen Aspekten des Pflegekompetenzgesetzes
- Diskussion über Herausforderungen und Chancen für die Pflegebranche
- Experteneinblicke von Dr. Markus Mai

Zugangsdaten:

- Direkt über die Homepage www.dpv-online.de
- Oder nach Mailanmeldung an info@dpv-online.de

Veranstalter: Deutscher Pflegeverband



DPV

Dr. Markus Mai

Dr. rer. cur. Markus Mai
Vorsitzender des Vorstandes des DPV

Leitung Gesundheits- und Sozialpolitik und
Leitung Fachbereich Gesundheitsdienste
in der Zentrale der BBT-Gruppe
Präsident der Landespflegekammer Rheinland-Pfalz



Deutscher Pflegeverband e.V. Mittelstraße 1 56564 Neuwied **Telefon:** 02631/ 8388-0 **E-Mail:** info@DPV-online.de

DPV - EINE STARKE GEMEINSCHAFT

DPV-ONLINE.DE



Aus den Bundesländern

Digitalisierung vorantreiben

Bayern: Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach treibt ihre Digital-Offensive weiter voran. Anlässlich der ersten Sitzung des neu formierten Landesgesundheitsrats betonte sie: „Ich möchte meine Amtszeit nutzen, um die Digitalisierung im Gesundheitswesen zu beschleunigen. Das Gesundheitsministerium arbeitet an einer umfassenden Digital-Offensive, die alle Aufgabenbereiche vernetzt, von Gesundheit und Pflege bis hin zu Prävention.“ Gerlach sieht in der Digitalisierung einen „Game-Changer“, der dazu beitragen kann, Prozesse zu vereinfachen und das Leben von Menschen zu verbessern. Sie ermuntert den Landesgesundheitsrat, das Ministerium mit seiner Expertise zu unterstützen. Die Ministerin kündigte an, dass das Thema Frauengesundheit als Schwerpunktthema 2024 kontinuierlich im Fokus stehen wird. „Mein Ziel ist es, die Prävention und Früherkennung von Krankheiten, wie etwa Krebs, zu fördern und die Aufklärung zur Vorsorge zu verstärken, auch bei Suchterkrankungen.“

Gerlach würdigte die Rolle des Landesgesundheitsrats, der seit über 70 Jahren die Staatsregierung und den Landtag in Gesundheits-, Pflege- und Präventionsfragen berät. Sie lobte die Sachkunde, Interessenausgewogen-



Ministerin Judith Gerlach

heit und Praxisnähe des Gremiums und freut sich auf eine produktive Zusammenarbeit.

Mehr Teilhabe

Hessen: Die neue schwarz-rote Landesregierung in Hessen will Menschen in Pflegeeinrichtungen mehr Teilhabe ermöglichen. Zudem sollen pflegende Angehörige stärker entlastet werden. Hessen will Pflegeeinrichtungen in den Sozialraum öffnen. „So soll eine Koordinierungsstelle in den Pflegeeinrichtungen gefördert werden, die diese mit der Gemeinwesenarbeit und den sozialen Strukturen vor Ort vernetzt“, sagte die neue hessische Gesundheitsministerin Diana Stolz (CDU) der Nachrichtenagentur dpa. Ein wichtiges Thema sei auch die Unterstützung pflegender Angehöriger. „Neben dem Ausbau von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen, den wir vorantreiben werden, ist es besonders wichtig, dass eine umfassende Beratung für pflegende Angehörige und natürlich auch für die Pflegebedürftigen selbst wohnortnah angeboten wird“, so Stolz.

Um pflegende Angehörige zu entlasten, seien Pflegehotels, in denen sich Angehörige erholen können und gleichzeitig die Versorgung der Pflegebedürftigen sichergestellt ist, eine Möglichkeit. Die Erfahrungen aus dem Pflegehotel im nordhessischen Willingen werde man nutzen. „Geplant ist eine investive Förderung zur Schaffung weiterer Kurzzeit- und Tagespflegeplätze“, hieß es. Über die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel konnte das Ministerium noch keine Aussage treffen. Dies hänge von den Haushaltsberatungen ab.

Vorhaltepauschale für ambulante Pflege

Rheinland-Pfalz: Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz drängt auf eine Pauschale zur Sicherstellung der Finanzierung ambulanter Pflege und für

zusätzliche Liquidität der Pflegedienste. Die finanzielle Basis in diesem Bereich sei dringend zu stärken, forderte Kammerpräsident Markus Mai und schlug eine Vorhalte- oder Schwankungspauschale vor. Denn die bisherige Refinanzierung der Leistungen im Rahmen des SGB V und XI sei „absolut unzureichend“. Die fortwährenden Anforderungen an zusätzliche Expertise, insbesondere im Bereich der chronischen Wundversorgung und der Betreuungskräfte, belasteten die ambulanten Dienste finanziell erheblich, argumentierte Mai. Zudem würden die Kosten für Weiterbildungen und die Deckung von Vertretungssituationen während dieser Schulungen bislang nicht ausreichend refinanziert.

Unterstützung für Aldag

Niedersachsen: Der DPV unterstützt den offenen Brief zur „wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser“ des Vorsitzenden der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft, Dr. Hans-Heinrich Aldag, im Namen der Niedersächsischen Allianz für die Krankenhäuser und weiterer im Dokument genannter Verbände. Das Original finden Sie unter [dpv-online.de/.../Offener_Brief_Nds_Allianz](https://www.dpv-online.de/.../Offener_Brief_Nds_Allianz).

Pflegerat-Treffen in Hannover

Niedersachsen: Primäres Thema beim Treffen am 19. Februar 2024 war die Neuwahl des Vorsitzes des NPR. Die beiden Stellvertretungen Prof.in Dr. Nina Fleischmann und Benjamin Schiller wollen nicht für den Vorsitz kandidieren und in der Vertretung bleiben. Die Wahl wurde verschoben. Daneben wurde die Planung der Vereinsgründung des NPR als e.V. thematisiert. Eine finanzielle Finanzunterstützung durch das Ministerium wurde von Ministerpräsident Stephan Weil zugesagt, dann aber aufgrund der finanziellen Problemlage widerrufen.

Ticker

Thüringen:

- Der Verbandstag Pflege des Paritätischen Thüringen UPDATE Pflegeberufegesetz fand am 22. Februar 2024 statt.
- Landespflegerat: Am 20. März 2024 tagte der Grundsatzausschuss. Martina Röder, Vorstandsvorsitzende des Landespflegerates Thüringen e.V. nahm teil.

- Als eine der ersten großen Veranstaltungen im Jahr 2024 hat der G+Gesundheitsgipfel Mitte im Kongress Centrum Weimarhalle Experten, Entscheidungsträger und Vertreter des Gesundheitssektors zusammengebracht. Diskutiert wurden die ersten Auswirkungen der Krankenhausreform.
- Der DPV hat in Thüringen einen Sitz im Krankenhausplanungsaus-

schuss. Silvia Böhme nahm am 18. März 2023 an der Sitzung des Ministeriums teil.

Nordrhein-Westfalen (NRW):

- Die Sitzung des Landespflegerates NRW fand am 19. März 2024 in Wuppertal statt.

Saarland:

- Die Mitgliederversammlung des Landespflegerates Saarland fand am 18. April 2024 statt.

14. Beschaffungskongress der Krankenhäuser

Einkauf und Logistik

13.05.2024 – 14.05.2024 in Berlin
 Kongresspräsident Prof. Dr. Dr. Wilfried von Eiff und der Veranstalter Oliver Lo-

renz (CEO Wegweiser) laden zum 14. Beschaffungskongress der Krankenhäuser ein. Es geht um einen Weg in die Zukunft, um innovative Problemlösungen für die Aufgaben einer moderneren Kranken-

hausbeschaffung in sich kontinuierlich verändernden Strukturen.

Info: beschaffungskongress.de

18. Kongress für Gesundheitsnetzwerker

Versorgung 2030

15.05.2024 – 16.05.2024 in Berlin
 Der 18. Kongress für Gesundheitsnetzwerker widmet sich den Megatrends der

zukünftigen Gesundheitsversorgung in Deutschland. Im Fokus stehen die Regionalisierung der Versorgung durch Gesundheitsregionen, die digitale Transformation sowie der

Wandel hin zu einer klimabewussten und nachhaltigen Versorgung.

Info: gesundheitsnetzwerker.de

11. Interprofessioneller Gesundheitskongress

Viele Professionen – ein Patient

10. – 21. 06. 2024 / online
 Fortbildung für alle Gesundheitsberufe beim Online-Kongress vom 10. bis 21.

Juni 2024. Der 11. Interprofessionelle Gesundheitskongress von Springer Pflege und Springer Medizin bietet wieder spannende interprofessionelle Live-Webinare zu innovativen Versorgungskonzepten

und Best Practice Beispielen – fachlich, praxisnah und patientenzentriert.

Info: gesundheitskongresse.de

Jubilare Mai 2024

40 Jahre

Jürgen Baumgarten
 Maria Gmeinwieser
 Gabriele Gundlach
 Bernd Schaefer

30 Jahre

Barbara Hillenbrand
 Sabine Kluge
 Andreas Schäfer

10 Jahre

Ute Bischof



Wir bedanken uns für Ihre Treue!

Christina Chternach
 Axel Friese

© [M] Nelos / fotolia.com

DPV

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Hauptgeschäftsstelle
Mittelstraße 1
56564 Neuwied
Tel.: 0 26 31/83 88-22
Fax: 0 26 31/83 88-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de



Interessantes und Aktuelles speziell für unsere Mitglieder – Zugriff über:
User: **Mitglied**
Kennwort: Pflegeleistung
Über Ihre Mitarbeit und/oder Anregungen freuen wir uns.

 twitter.com/DPV_Pflege
 facebook.com/pflegeverband

Gemeinsam sind wir stark!

DPV – Kompetenz und Leistungen, die auch Kolleginnen und Kollegen überzeugen!

Fordern Sie Infomaterial an!

DPV Service-Point Baden-Württemberg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sabine Hindrichs
Service-Point Leiterin
hindrichs.servicepoint-bawue@dpv-online.de

DPV Service-Point Bayern

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV-Hauptstadtbüro Berlin DPV Service-Point Berlin-Brandenburg

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Hessen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Karl Heinz Heller
Service-Point Leiter
heller.servicepoint-he@dpv-online.de

DPV Service-Point Nord Hamburg/Schleswig-Holstein

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Birgit Andrea Schmidt
Service-Point Leiterin
schmidt.servicepoint-hh.sh@dpv-online.de

DPV Service-Point Bremen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de

DPV Service-Point Niedersachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Iris Meyenburg-Altward
Service-Point-Leiterin
m.altward.servicepoint-ni@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordost Thüringen, Sachsen-Anhalt

Martina Röder
Service-Point Leiterin, Geschäftsführerin des Deutschen Pflegeverbandes e.V.
roeder.servicepoint-th.sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Sachsen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Sandra Meyer
Service-Point Leiterin
meyer.servicepoint-sa@dpv-online.de

DPV Service-Point Nordrhein-Westfalen

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Stephan Kreuels
Service-Point Leiter
kreuels@juslink.de

DPV Service-Point Rheinland-Pfalz

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Manuela Ahmann
Service-Point Leiterin
ahmann.servicepoint-rlp@dpv-online.de

DPV Service-Point Saarland

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
info@dpv-online.de



Impressum

Herausgeber

Deutscher Pflegeverband e.V. (DPV)
Ivonne Rammoser (V.i.S.d.P.)
Mittelstraße 1, 56564 Neuwied
Tel.: 02631/8388-22
Fax: 02631/8388-20
info@dpv-online.de
www.dpv-online.de

PflegeKonkret

– Die Mitgliederzeitschrift des DPV
erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE
www.springerpflege.de

Verlag

Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3
14197 Berlin

Druck

Druckpress GmbH
Hamburger Straße 12
69181 Leimen